

Vorwort

Kolonialismus, seine Geschichte, seine Nachwirkung, der Umgang mit kolonialistischer Erfahrung sind heute erfreulicherweise in vielen Diskussionen präsent. Weniger präsent ist, dass Kolonialismus in manchen Teilen der Welt immer noch Gegenwart ist und Menschen in Unfreiheit und Not hält. Wenig präsent ist, dass es nach dem Sieg über den vielen Menschen das Leben kostenden Kolonialismus im südlichen Afrika in Afrika immer noch eine Kolonie gibt, die letzte Kolonie Afrikas: die Westsahara.

Formiert in der Befreiungsbewegung Frente Popular de Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro (POLISARIO-Front) streitet das Volk der Westsahara für Selbstbestimmung, streitet für Dekolonisierung im Sinne der Regeln, die die internationale Gemeinschaft nach Ende des Zweiten Weltkrieges in der Charta der Vereinten Nationen niedergeschrieben hatte, und wehrt sich gegen die Besetzung ihres Gebietes durch Marokko und Mauretanien. Diesen afrikanischen Nachbarn hatte Spanien seine Kolonie unter Verletzung des internationalen Rechts durch den Vertrag von Madrid am Ende der Ära Franco überlassen.

Der Sieg der POLISARIO-Front über Mauretanien und der 1991 zwischen ihr und Marokko vereinbarte Waffenstillstand schien den Weg in eine friedliche Lösung des Konfliktes zu eröffnen. Unter Beobachtung der Vereinten Nationen sollte ein Referendum erweisen, ob das Volk der Westsahara Selbständigkeit oder Zugehörigkeit zu Marokko wollte. Im Ergebnis verschloss sich Marokko dem Prozess der Abstimmung: Es forderte die Einbeziehung immer neuer Gruppen in das Wählerverzeichnis, darunter vor allem die zahlreichen völkerrechtswidrig angesiedelten Marokkaner:innen. Marokko hält den größeren Teil des Landes weiterhin besetzt. Marokko trennte den von ihm okkupierten Teil des Landes von dem von der POLISARIO-Front verwalteten Rest des Gebietes durch einen minenbewaffneten Wall, die „Mauer der Schande“. In diesem verbliebenen Rest und in Verantwortung der im algerischen Exil lebenden Sahrauis gründete die POLISARIO-Front einen Tag vor dem endgültigen Abzug Spaniens, am 27. Februar 1976, die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Die Anerkennung der DARS als Staat ist umstritten. Kein Staat Europas hat sie

anerkannt, wohl aber eine Vielzahl von Staaten Afrikas und Lateinamerikas. Die DARS ist Mitglied der Afrikanischen Union (AU).

Das zwecks Durchführung eines Referendum beschlossene Mandat der Mission der Vereinten Nationen wird vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen regelmäßig verlängert, ohne dass es zu einem Referendum im Land kommt. Für die Politik Marokkos steht die ursprünglich vereinbarte Volksabstimmung mittlerweile außer Frage. Nach gegenwärtiger Lesart der marokkanischen Politik hätte ein Referendum nur zwischen Integration in das Königreich oder Autonomie unter dem Dach Marokkos entscheiden. Dennoch patrouillieren die Blauhelme der Vereinten Nationen bis heute im von Marokko beanspruchten Gebiet. Auch wenn das Mandat nur wenig erlaubt – es erlaubt nicht einmal über Menschenrechtsverletzungen zu berichten – ist die Mission, eine Volksabstimmung zu organisieren und den Waffenstillstand zu überwachen, völkerrechtliches Zeichen der internationalen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des sahraischen Volkes.

Jahr für Jahr versuchen die Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen, Verhandlungen in Gang zu bringen; Jahr für Jahr befasst sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit dem Thema Westsahara. Jahr für Jahr drängt der Sicherheitsrat die Konfliktparteien, sich zu Verhandlungen zu treffen. Jahr für Jahr geschieht dies, ohne dass Entscheidendes geschieht. Entscheidendes geschieht insbesondere deshalb nicht, weil Frankreich als Freund Marokkos es verhindert – und die Freunde Frankreichs, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland zählt, Frankreich direkt und indirekt stützt. Ohne dass dies zu deutlichen politischen Reaktionen geführt hätte, hat Marokko die Westsahara seinem administrativen System unterworfen, was u.a. in der Festlegung der Grenzen der zu südlichen Provinzen des Landes gemachten Westsahara deutlich wird, in der die international akzeptierte Grenze zwischen Marokko und der Westsahara de facto beseitigt ist (siehe Karte 1).

Nachdem Marokko das Waffenstillstandsabkommen durch eigenmächtige Aktivitäten in der sog. Bufferzone in der Grenzregion zu Mauretanien gebrochen hatte, kündigte die POLISARIO-Front den 1991 vereinbarten Waffenstillstand im Dezember des vergangenen Jahres auf. Dies und die damit zusammenhängenden kriegerischen Ereignisse haben die Medien und damit die Öffentlichkeit kurzfristig erreicht, aber im Ergebnis nur wenig daran geändert, dass der Konflikt um die letzte Kolonie Afrikas nirgendwo ernsthaft auf der politischen

Agenda steht. Andere Ereignisse wie etwa die Einvernahme der Krim durch Russland haben einen festen Platz auf der politischen Agenda; Sanktionen sind akzeptierter Bestandteil der Politik gegenüber Russland geworden. In Sachen Westsahara haben nationale, europäische, internationale Politik versagt.

Die in diesem Buch versammelten Aufsätze beruhen auf einem Symposium des Vereins „Freiheit für die Westsahara“, das am 23. April 2021 durchgeführt wurde. Sie möchten bewirken, dass der Westsahara-Konflikt kein vergessener, „eingefrorener“ Konflikt bleibt. Sie möchten aufklären, aber auch Position beziehen. Sie möchten zeigen, warum und wie uns hier in Europa der Konflikt um die Westsahara angeht.

Nach einem Beitrag im ersten Teil des Buches, der die Sicht der POLISARIO-Front darstellt, folgen in einem zweiten Teil Aufsätze zur politisch-rechtlicher Perspektive des Westsahara-Konfliktes. Sie rücken die Konfliktlage in den europäischen Zusammenhang, für die insbesondere die Urteile der Gerichte der Europäischen Union (EU) ebenso maßgebend sind wie auch die Versuche europäischer Institutionen, in neuverhandelten Wirtschaftsabkommen die dem sahrauischen Selbstbestimmungsrecht verpflichteten Urteile zu umgehen. Wie es Marokko in den Jahren nach der Besetzung der Westsahara gelungen ist, internationale und dabei auch afrikanische Unterstützung zu erhalten, beschließt diesen Teil des Buches.

Die Situation in der Westsahara unter marokkanischer Kontrolle ist Thema der Beiträge im dritten Teil des Buches. Der Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Westsahara, sein Phosphat und die Fischvorkommen in dem der Westsahara vorgelagerten Meeresgebiet sind nicht nur für Marokko von großem Interesse, sondern auch für Europa und seine Fischindustrie. Behandelt wird weiter die Entstehung und Entwicklung der Unabhängigkeitsbewegung wie aber auch die Situation der Menschenrechte.

Der vierte Teil des Buches befasst sich mit der Situation der sahrauischen Flüchtlinge; der fünfte mit den politischen Akteur:innen auf europäischer Ebene. Ein Anhang ergänzt diesen Teil mit einigen wichtigen Erklärungen aus jüngerer Zeit.

Aus den im Buch versammelten Beiträgen wie aber auch aus den in den Anhang aufgenommenen Dokumenten sollte deutlich werden, was heute Stand des Konfliktes ist. Eine umfassende Analyse der derzeitigen Situation konnte in den Einzelbeiträgen jedoch nicht geleistet werden; auch überschlugen sich die Ereignisse in jüngster Zeit und

vieles deutet auf eine weitere gefährliche Verschärfung der regionalen Krise hin, die ihren ursächlichen Kern im Westsahara-Konflikt hat:

Am 24. August dieses Jahres brach Algerien seine diplomatischen Beziehungen zu Marokko ab. Die Ursachen sind vielfältig. Allein die Wiederaufnahme der Kämpfe zwischen der POLISARIO-Front und Marokko im November 2020 hatte die Spannungen erheblich verschärft. Nach der Anerkennung der „Marokkanität“ der Sahara durch die USA und der damit gekoppelten Anerkennung Israels und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Marokko und Israel fühlte sich Rabat wohl international so gestärkt, dass es weitere Vorstöße unternahm: Es tötete den Kommandanten der sahrauischen Gendarmerie mit Hilfe einer (von Israel oder den USA gelieferten?) Drohne; es berief seine Botschafterinnen in Berlin und Madrid zurück, nachdem Spanien den an COVID-19 erkrankten Präsidenten der DARS, Brahim Ghali, in einer Klinik des Landes behandeln ließ; am 18. Mai öffnete Marokko plötzlich seine Grenze zur spanischen Enklave Ceuta, rd. 8.000 Menschen, in der Mehrzahl Jugendliche und Kinder, erreichten europäischen Boden. Marokko demonstrierte, wie es effizient die Flüchtlingsfrage als Druckmittel gegen Spanien und Europa einsetzen konnte.

Das Fass zum Überlaufen aber brachten offensichtlich zwei Ereignisse: Auf einer Sitzung der blockfreien Staaten im Rahmen der UN verteilte der marokkanische UN-Botschafter Omar Hillel eine Note, in der betont wurde, dass „das tapfere kabyllische Volk mehr als jedes andere die Wahrnehmung seines Rechts auf Selbstbestimmung verdient.“ Dies wurde in Algerien als direkte Einmischung und Unterstützung der dort als terroristische Vereinigung eingestuftem Bewegung für die Autonomie der Kabylei (MAK) verstanden. Für die algerische Presse war es Grund genug, offenkundig gelegte Feuer, die bei den großen Waldbränden in der Kabylei im August (mehr als 80 Personen starben) ausbrachen, der MAK und marokkanischen Agenten anzulasten. Der zweite wichtige Grund ist die Tatsache, dass Marokko mittels der israelischen Spionage-Software Pegasus wohl rd. 6.000 Handys von algerischen Politiker:innen und hochrangigen Militärs ausspioniert hat. Hinzu kam, dass der israelische Außenminister, Yair Lapid, bei einem offiziellen Besuch in Rabat am 13. August Algerien der Unterstützung des Iran beschuldigte und seinen Widerstand gegen den Beitritt Israels als beobachtendes Mitglied der AU angriff. Algier sah in den Äußerungen des israelischen Außenministers eine Bedrohung seiner Sicherheit.

Auf diese Weise gerät der Norden Afrikas immer mehr zu einer Krisenregion, zumal Algerien ob seiner langen Grenzen vom Konflikt in Mali und den Sahel-Staaten stark betroffen ist und bisher nachhaltige Friedensinitiativen ergriffen hat. Auch Deutschland ist zunehmend betroffen: Neben der gravierenden diplomatischen Verstimmung zwischen Berlin bzw. der EU und Rabat darf nicht übersehen werden, dass Deutschland mittlerweile zum wichtigsten Waffenlieferanten Algeriens (802 Mio. Euro im vergangenen Jahr) geworden ist, während Marokko von Frankreich, den USA und Israel aufgerüstet wird. Damit gewinnt der Konflikt zunehmend eine internationale Dimension, die weder seine Lösung erleichtert noch friedliche Verhältnisse im Norden Afrikas fördert.

So verdient der Westsahara-Konflikt viel größere Beachtung, als ihm bisher zuteil wurde. Gerade deshalb ist auf wichtige politische Stimmen zu verweisen, die dem Vergessenwerden entgegentreten. Im Europäischen Parlament (EP) gibt es eine beachtliche Gruppe von Parlamentarier:innen, die sich in der Westsahara Intergroup zusammengeschlossen haben und für das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis eintreten. Im deutschen Bundestag gibt es eine Gruppe von Abgeordneten aus allen demokratischen Parteien, die in ähnlicher Weise wie die europäische Intergroup das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis verteidigen und in regelmäßigen Abständen die Politik der Bundesregierung befragen und sie damit zu kontrollieren versuchen.

Die Herausgeber:innen dieses Buches wie die Mitglieder des Vereins „Freiheit für die Westsahara e.V.“ hoffen, dass dieses Buch weitere Stimmen, insbesondere auch aus der Zivilgesellschaft, bestärken wird. Man sollte sich bewusst machen, dass anders als zu Zeiten der Auseinandersetzung mit der von Südafrika verantworteten rassistischen Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung in Südafrika und Namibia der Westsahara-Konflikt wohl keine die maßgebenden Schichten der Bevölkerung erreichende Bewegung bewirken wird. Dennoch bleibt die Notwendigkeit, das Umfeld der Solidarität mit dem sahrauischen Volk so breit wie möglich zu gestalten. Nur gezielter, informierter Druck wird die Agenda der Politik verändern. Nur informiertes Auf- und Eintreten wird deutlich machen, dass und auf welche Weise der Westsahara-Konflikt vor den Toren Europas Europa betrifft. Und dies nicht nur, weil der mit dem Segen der Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 ausgestattete spanische Kolonialismus, aus dem sich Spanien mit dem genannten Vertrag von Madrid unter Ver-

letzung geltenden Völkerrechts zu verabschieden versuchte, in dem es die Westsahara Mauretanien und Marokko überließ, die Westsahara nicht nur zum Teil europäischer Geschichte, sondern auch zu einem Konflikt der unmittelbaren Gegenwart machte! Wenn sich die EU mit rechtswidrigen Abreden an den natürlichen Ressourcen der Westsahara bereichert, ist das nicht nur Sache der Union selbst, sondern auch Sache der Mitgliedsstaaten und letztlich der Menschen, die in diesem Europa leben, das 2012 den Friedensnobelpreis erhielt. Wenn die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit Verletzung des Völkerrechts Marokko dafür bezahlen, dass es Flüchtlingsstürmen entgegenwirkt, so geht das alle an, die nicht aufgegeben haben, dass auch Politik von Werten bestimmt sein sollte und dass das Recht die unabdingbare Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Völker bleibt.

September 2021
Bremen, Frankfurt/M., Kassel, Manchester
Die Herausgeber:innen